

Verantwortlicher Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Einzeln: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: H. Wölfe, Hagenstein & Vogler, G. L. Damb, Invalidenten. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Eberhard W. Thienes, Greifswald: G. Jülich, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg: Joh. Nothmann, A. Steiner, William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geim. Giesler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem Reich.

Der König von Dänemark ist gestern zu einer dreiwöchigen Kur in Wiesbaden eingetroffen. — Die Frage wegen Erhöhung und Regelung des Dienstvertrags der Geistlichen soll jetzt, nachdem der Landtag die Erhöhung der Beamtengehälter genehmigt hat, in Form eines Kirchengesetzes in die dritte ordentliche Generalversammlung im nächsten Herbst gelangen. Die Verhandlungen zwischen dem Evangelischen Oberkirchenrat und dem Finanzministerium sind bereits eingeleitet worden. — Der kaiserliche General-Lieutenant **J. v. Stöcklin** verschied am 8. d. M. in Nürnberg a. S. Er wurde am 19. März 1834 in Düsseldorf geboren, kam am 15. April 1851 aus dem Kadettenkorps als Gemeiner in das damalige 17. Infanterie-Regiment, wurde im Dezember 1853 zum Sekonde-Lieutenant befördert, war von 1858-59 Bataillons-Adjutant, wurde bei der Armeereorganisation am 1. Juli 1860 in das damalige 8. westfälische Infanterie-Regiment Nr. 57 versetzt, im Juni 1866 unter Beförderung zum Hauptmann zum Kompagnie-Chef ernannt, am 12. Januar 1876 unter Beförderung zum Major in das 3. oberpreussische Infanterie-Regiment Nr. 62, am 1. April 1881 in das neuformierte Infanterie-Regiment Nr. 132 versetzt, am 16. September 1881 zum Oberst-Lieutenant befördert, im November 1883 zum kaiserlichen Stabschef und am 15. April 1886 unter Beförderung zum Oberst zum Kommandeur des 2. kaiserlichen Grenadier-Regiments (2. bann.) Nr. 9 ernannt, das er schon seit dem Februar geführt hatte. Am 22. März 1889 wurde er unter Beförderung zum General-Major ohne Patent zum Kommandeur der 15. Infanterie-Brigade ernannt, erhielt im März 1889 ein Patent seiner Charge vom 22. März 1889, wurde am 20. September 1890 zum Inspektor der Landwehr-Inspektion Berlin ernannt, am 18. April 1891 in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt und erhielt am 19. September 1891 noch den Charakter als General-Lieutenant. — Ueber die Reise des Landwirtschaftsministers **Fern. v. Hammerstein** durch Westpreußen entnehmen wir einem Bericht des „Gesellen“: Der Minister theilte dem neugebildeten Reichsverband des Einlagegebietes (Innes Rogatuser) mit, daß das früher vom Staate gewährte Darlehen von 100 000 Mark dem Reichsverbande erlassen sei. Bei verschiedenen Gelegenheiten erwähnte der Minister, daß eine sichere Aussicht vorhanden sei, um durch ein neues Gesetz Mittel die Schweinefleisch erfolgreich zu bekämpfen. — Die **Höppgartener Reunite**, welche heute ihren Anfang nehmen, bilden den Höhepunkt der Berliner Saison. Heute kommt das Haupttreffen des ganzen Meetings, die „Union“ zur Entscheidung, die mit 20 000 Mark dort in der Weiden wird das große Rennen nur ein kleines Feld am Start sehen, denn die Reiter der ursprünglichen Kandidaten haben sich immer mehr gelichtet. Von Österreich her sind zwei erstklassige Bewerber in Höppgarten erschienen, Desilateur und Panzer, denen drei Deutsche sich gegenüberstellen sollen. Die Hauptkämpfe des Abends bilden diesmal erfreulicherweise das kaiserliche Hauptgefecht Grady, dessen Lebensmann und Wagners gemeinsam in den Kampf ziehen. Als fünfter und letzter der Unionkandidaten ist Bogelfänger zu nennen. — Außerdem kommt am heutigen Tage das erste diesjährige Zweifach-Rennen in Höppgarten zur Entscheidung sowie das „Silberne Pferd“. — Auf der Rennbahn des Sportparks stürzten sich am Sonntag, 13., Mittwoch, 16., und Sonntag, 20. d. Mts., große internationale Radwettfahrer, zu denen die Ausführenden gehören, das höchste Interesse beansprucht das „große Berliner Niederfahren“, welches über eine Distanz von 2000 Meter führt und mit Preisen von 500, 300, 150 und 75 Mark dotiert ist. — Ein alter Kämpfer der Lehrerschaft, **Hauptlehrer Zemlin-Friedrichs**, ist kürzlich, 69 Jahre alt, gestorben. Sein Name ist weithin in der deutschen und preussischen Lehrerschaft bekannt. Er war Mitglied des Ausschusses des deutschen Lehrervereins, Vorstandsmitglied des brandenburgischen Provinzial-Lehrerverbundes, des brandenburgischen Pädagogischen Vereins, des Lehrervereins von Eberswalde, Ehrenvorsitzender des Niederbarnimer Kreisvereins, den er Jahrzehnte als Vorsitzender geleitet, und bis vor kurzem auch Kurator der Wittwenkasse des Regierungsbezirks Potsdam. — In Wiesbaden ist in der Nacht zum Mittwoch **Prinz Hugo von Schönburg-Waldenburg** gestorben. Der Prinz, am 20. August 1822 geboren, war preussischer General der Infanterie und Sekundogeniturfränkischer Herr der Liegenenschaften in der Provinz Sachsen. Er war vermählt mit der Prinzessin Hermine von Reuß ältere Linie, die Anfangs des Jahres 1890 gestorben ist. Dieser Ehe entsprossen vier Kinder; der älteste Sohn Prinz Heinrich, geboren am 8. Juni 1863, Lieutenant im Leib-Garde-Regiment und nach Karlsruhe als Brigade-Adjutant kommandiert, succedirt seinem Vater. — Bei der gestrigen **Reichstagswahl in Wiesbaden** wurden in der Stadt Wiesbaden für den Stadionsordnenden Wartling (natl.) 1684, für Fern. v. Jünger (Str.) 922, für Quard (Sogd.) 2147 und für den Landtagsabgeordneten Wintermeyer (fr. Sp.) 2527 Stimmen abgegeben. Bis jetzt liegt das Wahlergebnis aus 80 Orten vor. „Diernack hat Wintermeyer 586, Quard 4850, Wartling 2875 und Fern. v. Jünger 5303 Stimmen erhalten. Das Resultat aus 16 kleinen Orten steht noch aus, das dürfte es das Endresultat kaum ändern. Voraussichtlich findet Stichwahl zwischen Wintermeyer und Fern. v. Jünger statt. Bei den Sozialdemokraten ist mehrfach eine Stimmenabnahme zu verzeichnen; in Wiesbaden allein haben sie 800 Stimmen verloren. Ueberhaupt betheiligte sich an der Wahl im Durchschnitt noch nicht die Hälfte der eingeschriebenen Wähler. In Niedrich fanden Ausschreitungen statt. — Die bisher **kaiserliche Polizeiverwaltung Kief** wird zum April nächsten Jahres in eine königliche umgewandelt.

liberalen Partei zu der Frage betrifft, so verdient folgende Auslassung der „Nat.-Lib. Korresp.“ Beachtung:

„Se länger darüber diskutiert wurde, um so mehr verschob sich der entscheidende Grund: daß die Leitung des Auswärtigen Amtes nicht mehr in der Lage war, einen Beweis oder Gegenbeweis von politischer Befähigung zu leisten, als sie das gerichtliche Verfahren einleiten ließ, sondern daß sie nach Lage der Sache einfach nicht anders handeln konnte; ferner, wie nur das gerichtliche Verfahren an den Tag gebracht, was ein Disziplinarverfahren niemals erwies: daß mit einer politischen Mißwirtschaft aufgeräumt werden muß, die, gleichviel, ob es an der Sache oder an den Personen lag, selbst nicht davor zurücktrat, die Person des Monarchen in ihr Spiel zu ziehen. Dieser Thatbestand kann, selbst dort wo man die Frage der politischen Verantwortlichkeit der Prozedurhandlung verneint, nicht in Abrede gestellt werden. Die Forderungen, die sich hieraus ergeben, sind nicht Partei-sache, sondern Gemeingut aller Parteien, die es mit der Staatsautorität gut meinen. Und darum meinen wir, müßte die Forderung einer Reorganisation der politischen Polizei gerade auf der Seite mit besonderer Stärke sich regen, wo man auf politischem Gebiete die lediglich vom Zeitgefühl der Polizei moderierten Vollmachten gerade jetzt so außerordentlich erweitern möchte.“

— Die „Allg. Allg.“ hebt hervor, daß der Kriminalkommissar v. Tausch, dem als k. bairischen Premierlieutenant a. D. vor einigen Jahren erst das Recht zum Tragen der Uniform verliehen wurde, sich nun auch vor einem bairischen Offiziers-Ehrengerichte zu verantworten haben wird.

— Bei der Vernehmung des Geheimen Regierungsraths **Mühl** im Prozesse v. Sigmund v. Tausch ist eine Ungehörigkeit zu Tage gefördert worden, deren Beseitigung längst hätte geschehen müssen. Der Mühl erklärte nämlich, die erste politische Vernehmung des Leckers nach seiner Verhaftung sei elg betrieben worden; „denn wir wissen aus Erfahrung, daß die Arrestanten, wenn sie nicht bis zum Mittag ins Gefängnis gebracht sind, nichts zu essen kriegen. Ich drängte, schnell, schnell, so daß ich nicht einmal, wie ich sonst immer thue, eine Abschrift der Vernehmung zurückgehalten habe; meine Akten sind unvollständig.“ Wir zweifeln keinen Augenblick, daß Herr Mühl, sobald er seinerseits eine solche Erfahrung gemacht hatte, sofort die erforderlichen Schritte unternommen haben wird, um diese Ungehörigkeit zu beseitigen. Um so dringender ist es erforderlich, festzustellen, warum das trotzdem nicht geschehen ist. Als am 31. Mai dem Präsidenten Böcker gemeldet worden war, daß beide Angeklagte kein Mittdagbrod erhalten hätten, weil sie nicht pünktlich um 12 Uhr im Untersuchungsgefängnis zur Empfangnahme ihrer Verpflegung erschienen waren, erklärte Herr Böcker, daß dies nicht doch ein Standal sei, da es doch unmöglich sei, gerade um 12 Uhr die Verhandlung zu unterbrechen, und Staatsanwalt Dr. Eger versprach, alsbald die nötigen Schritte zu thun, um diesem Lebensstadium abzugeben. Es ist wohl selbstverständlich, daß in gleicher Weise auch die Untersuchungsgefangenen nicht dadurch geschädigt werden dürfen, daß sie kein Mittagessen erhalten, wenn einmal oder häufiger ihre gerichtlichen oder politischen Vernehmungen sich über die Mittagszeit hinausziehen. Es scheint uns dringend wünschenswert, daß, nachdem Herr Mühl eine solche Erklärung in öffentlicher Gerichtsitzung abgegeben hat, die betreffenden Ressortminister alsbald die Gefängnisverwaltungen anweisen, für die Vernehmung der nicht pünktlich zur Mittagszeit eintreffenden Untersuchungsgefangenen ausreichend zu sorgen. Bei dieser Gelegenheit fällt uns noch eine weitere Ungehörigkeit in der Aussage des Herrn Mühl auf; er bekundet, daß er seine Akten nicht habe vervollständigen können, weil ihm die Zeit gefehlt habe, Abschrift von der Leckerschen Aussage zu machen. Wir dürfen da wohl mit einiger Verwunderung fragen, ob man denn noch nicht im kaiserl. Polizeipräsidium die mannigfachen neueren Einrichtungen kennen gelernt hat, Schriftstück: rasch und zuverlässig durchzupapieren oder zu kopieren. Unseres Wissens ist doch an alle Behörden strenge Anweisung ergangen, alles überflüssige Schreibwerk zu vermeiden.

— Die „Germania“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß der Kaiser dem Admiral Hollmann das Angebot gemacht habe, der Nachfolger des Herrn v. Stephan als Staatssekretär des Reichspostamts zu werden. Das klingt doch sehr unwahrscheinlich!

— Das Organ des Bundes der Landwirthe nimmt die angekündigte Berufung des Amtsgeschäfts Dr. Reinhold zum Professor der Nationalökonomie an der Berliner Universität mit Mißtrauen auf, da es nicht wisse, wie Dr. Reinhold zu der wichtigsten sozialpolitischen Frage stehe. Die Lösung dieses Räthels bietet wohl eine Weile, die Dr. Reinhold am 14. Dezember 1895 in Barmen gehalten hat. Er erklärte darin, daß er gewöhnlich Schulzöller sei. Ferner sprach er sich gegen die Doppelwährung und den Antrag stark aus. Das Volk sei, so erklärte er, die bimetallichesten Verfassungen als Sonderinteresse an und als eine Bewegung der Großgrundbesitzer an; der Antrag kam würde dem kleinen Bauern keinerlei Nutzen bringen. Die Bänder können also darüber nicht mehr im Zweifel sein, ob sie Dr. Reinhold als einen der Ihren zu betrachten haben.

— Wir haben, schreibt die „Nat.-Ztg.“, die fittliche Entrüstung englischer Blätter über die unheimlichen Verbrechen und dem auch entsprechend geäußert. — Ausschreitungen deutscher Kolonialbeamten niemals für etwas Anderes, als Dummheit genommen, da es zu wenige bekannt ist, daß ähnliche Mißthaten in englischen Kolonien oft vorgekommen und sehr milde beurteilt worden sind. Jetzt wird uns eine Nummer der in Zomba, britisch Zentral-Afrika, erscheinenden „Central Africa British Gazette“ zugesandt, in der kühl und kurz Folgendes berichtet wird: Vor dem aus dem Richter und zwei Beisitzern bestehenden Gerichtshof erschien der Engländer John Lane, angeklagt, beim Selbstmord abgefallen und ohne jeden Grund auf zwei in der Nähe arbeitende Eingeborene geschossen und sie verwundet zu haben. Er war gekündigt und wurde mit einer Geldbuße von 70 Pfund Sterling bestraft. „Die Strafe wurde bezahlt.“ — schließt der Bericht. Basta!

— Die Grubenkatastrophe in Rosdjin leuchtete auf neue die Aufmerksamkeit auf das Bergrevier Myslowitz-Ratowitz in Oberschlesien, das einzige Revier, wo es einen staatlichen Aufsichtsbeamten, der an Ort und Stelle über die Sicherheit des Bergbaues zu wachen hätte, nicht giebt. Die ganze lokale Aufsicht ist dort dem Angestellten einer der Bergbau treibenden Familien, v. Ziele-Winkler, überlassen. Es ist dies dasselbe Revier, in dem am 5. März v. J. das entsetzliche Unglück in der Klopphas-Grube sich ereignete, wobei 117 Bergleute verbrannt sind. Die Leisungslust-Grube, deren Abbau als Anlaß der kaiserlichen Katastrophe bezeichnet wird, sowie die Abendstern-Grube liegen beide ebenfalls in v. Ziele-Winklers Regalbezirk. Das v. Ziele-Winklersche Bergrevier scheint in finanzieller wie in politischer Hinsicht geradezu ein Noli me tangere zu bilden. Als vor einiger Zeit ein Berliner Gelehrter, der Privatdozent Dr. Saffrow, in seinem Buche „Sozialliberal“ zuerst auf diese Zustände aufmerksam machte, sollte er zu einem Widerruf genötigt werden. Damals mußte das Verlangen nach einem Widerruf zurückgenommen werden. Die nachfolgenden traurigen Ereignisse haben dem Kritiker nur allzusehr recht gegeben.

— Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Sekretäre der englischen, russischen und italienischen Votschaft sind zum Eintritte der Lage Theatralisch gestern von Saloniki abgereist. — Donnerstag findet die vierte Sitzung in der Angelegenheit der Friedensverhandlungen statt. Die Sachverständigen für die Kriegsenstehung und die Frage der Kapitulationen haben die Vorarbeiten begonnen. — Der langsame Verlauf der Friedensverhandlungen und die strenge Geheimhaltung geben natürlich Anlaß zu allerhand mehr oder minder beunruhigenden Gerüchten. In wie weit dieselben einen Kern enthalten, entzieht sich zur Zeit der genauen Kenntnis. Doch es an sich zu beseitigen Differenzen nicht fehlt, liegt ja auf der Hand, und daß die schwerfällige Maschinerie der Votschaftskonferenz, welche bei jeder neu auftauchenden Frage erst bei den Mächten anfragen müssen, die sich erst wieder untereinander verständigen, eine rasche Entscheidung schon aus rein äußerlichen Gründen ausgedehnt ist, versteht sich ebenfalls von selbst. Die „Allg. Allg.“ sucht nun allen ungünstigen Gerüchten wie folgt entgegenzutreten:

St. n, 9. Juni. Gegenüber gegentheiligen Meldungen versichert ein Wiener Bericht der „Allg. Allg.“, die Friedensverhandlungen in Konstantinopel nähmen einen regelmäßigen Gang. Es sei unrichtig, daß England die Griechen oder Deutschland den Sultan ermahnen, Schwierigkeiten zu machen, oder daß zwischen England und England wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Allerdings sei man bestrebt, eine Ermäßigung der türkischen Forderungen herbeizuführen und kein christliches Volk unter türkische Herrschaft zurückzugeben. Die Kabinete erörtern gegenwärtig die französischen Vorschläge über Akreta. Fortdauernd besteht die Schwierigkeit, die abziehenden türkischen Truppen durch einheimische zu ersetzen.

U. der Akreta lauten übrigens die Nachrichten ebenso verworren, wie über die anderen orientalischen Dinge. Während einzelne Blätter zu melden wissen, daß die Akretenser aus Wuth über den Abzug der Griechen einen Nachschub durch die ganze Insel unternommen und alles mohamedanische Besitztum von Grund aus zerstört hätten, berichtet die „Polit. Korr.“, daß der Aufbruch des Führers Michalis zum Schutz des mohamedanischen Eigentums vollen Erfolg gehabt und überall Zustimmung gefunden habe. „Mehr als 30 Abreiser sind nach Michalis gegangen, in welchen diese Bevölkerung ihre Bereitschaft erklärt, der Aufforderung des „Freundes und Führers des Volkes“ Rechnung zu tragen, und daran die Bitte knüpft, er möge Alles aufbieten, um den traurigen Zuständen so bald als möglich ein Ende zu setzen.“ Andererseits wird auch wieder gemeldet, daß die Akreten einen Streifzug durch Akreta planen.

Die in der kaiserlichen Depesche erwähnten Vorschläge Frankreichs beziehen sich auf die Einräumung eines belgischen oder holländischen Militärs zum Gouverneur von Akreta.

Die „Times“ glaubt die Grundzüge der von den Votschaften für Akreta ausgearbeiteten Vorfassung wie folgt angeben zu können:

A. Der Fürst. 1. Er wird ein Christ und ein Fremder sein, erwähnt von den Mächten und anerkannt vom Sultan; 2. er wird haben ein Vetorecht gegen alle von der Nationalversammlung angenommenen Gesetzentwürfe; 3. das Recht zu begnadigen und Amnestien zu erlassen; 4. das Recht, alle Beamten zu ernennen, Entlassen und Abzusetzen, wobei persönliche Loyalität und lokale Bedürfnisse in Betracht zu ziehen sind; 5. die oberste Kontrolle über die bewaffnete Macht des Landes. — B. Die Nationalversammlung. 1. wird aus Christen und Muhammedanern zusammengesetzt, die getrennt im Verhältnis zu der Bevölkerungsziffer der beiden Konfessionen gewählt werden; 2. wird alle zwei Jahre und in besonderen Fällen einberufen; 3. wird das Budget und alle Gesetze mit einfacher Mehrheit annehmen. — C. Finanzen. 1. direkte und indirekte Steuern ohne Ausnahme, die Einnahmen aus den Domänen, Salinen etc., von Posten und Telegraphen mit Ausnahme derjenigen, die der Regierung oder der Kompagnien gehören, werden dem Schatz der Insel zugeführt. 2. Ein Tribut von 10 000 Lira (200 000 Mark) wird jährlich nach Ablauf von fünf Jahren dem kaiserlichen Schatz gezahlt. — D. Die bewaffnete Macht. 1. Die türkischen Truppen sollen nicht auf der Insel erhalten bleiben. 2. Das Gendarmeriekorps, das, wenn notwendig, unter dem Befehl von einem oder verschiedenen fremder Offiziere stehen wird, soll mit der Aufrechterhaltung der Ordnung betraut werden, unter dem Beistande von Abteilungen fremder Truppen. 3. Bei dem Abzuge dieser Abteilungen und um deren Stelle einzunehmen wird eine Lokalmiliz organisiert. — E. Die Sprache. Griechisch, das von allen Einwohnern gesprochen wird, soll die offizielle Sprache sein. Gesetze, Verordnungen und amtliche Kundmachungen werden gleichzeitig auch in türkischer Sprache veröffentlicht. — F. Die Flagge. Akreta wird seine eigene Flagge haben.

Belgien.

Seit König Leopold in seiner am die Kammer gerichteten Votschaft vom 5. August 1889 auf die Nothwendigkeit für eine industrielle und han-

deltreibende Bevölkerung wie diejenige Belgiens, hinweis, auswärtige Absatzmärkte für alle produktiven wirtschaftlichen Kräfte zu eröffnen, sowohl für die Arbeiter des Kapitals als für die Arbeiter des Kopfes und die Arbeiter der Hand, ist die Frage wegen Schaffung einer belgischen Staatsmarine in den Interessententreiben nicht mehr zur Ruhe gekommen. Belgien ist ein neutrales Staatswesen. Das bedeutet an sich nun keineswegs, daß es auf eine eigene Marine verzichten müßte. Das andere neutrale Staatswesen Europas, die Schweiz, kommt für maritime Machtentwicklung wegen ihrer gänzlich vom Meer isolierten Lage nicht in Betracht. Was aber Belgien betrifft, so harret die Lücke seiner Entwicklung zur See, die dadurch entstand, daß bei Abtrennung des Landes vom Königreich der Niederlande die ganze Flotte bei Holland verblieb, noch heute ihrer Ausfüllung. Ein belgischer Marineoffizier, der provisorisch zur französischen Kriegsmarine abkommandierter Lieutenant Lecointe, widmet in einer seeben veröffentlichten Studie dieser Frage eine eingehende Untersuchung. Eine eigentliche Kriegs- und Schiffsflotte scheitert vor vornherein aus dem Programm einer belgischen Zukunftsmarine aus, nur für die Vertheidigung Aufwands und der Scheldemündung will er schwimmende Batterien und ein Marine-artilleriekorps nebst dem benötigten Matrosenpersonal zur Verfügung der obersten Kriegsbefehle wissen. Für den Fall eines Konfliktes zwischen überseeischen Nationen würden einige Kreuzer genügen, um bedrohte belgische Staatsangehörige in die Heimat zurückzubefördern.

Was nun aber die Schaffung einer belgischen Handelsmarine betrifft, so müßte eine solche gleichsam aus dem nichts herbeigerufen werden und da dieser Aufgabe die Initiative privater Unternehmer nicht gewachsen ersieht, so soll die Staatsinitiative subsidiär eintreten und eine Staatsmarine ins Leben rufen, welche als Kristallisationspunkt für die künftige belgische Handelsmarine zu dienen haben würde. Zur Zeit hat Belgien, von jenen paar subventionierten Dampfern abgesehen, welche den Ueberfahrtsverkehr zwischen den belgischen und englischen Nordseehäfen besorgen, keinerlei Handelsfahrzeuge, ebensowenig Schiffsbauwerke und Schiffsbemannungen. Der ganze belgische Ueberseeverkehr liegt in den Händen auswärtiger Reedereigesellschaften, und wenn man in Belgien auch keinerlei Ursache hat, über mangelnde Konstante der fremden Unternehmer, namentlich der deutschen Gesellschaften, zu klagen, im Gegentheil die Blüthe des belgischen Exporthandels zum wesentlichen Theile den guten Diensten der deutschen Transports- und Kommissionsfirmen zu danken ist, so bleibt doch noch immer ein Einwand bestehen, dessen Entkräftigung nach spezifisch belgischer Ansicht noch nicht gelungen ist und überhaupt nicht gelingen kann, nämlich die Nothlage, in welche der ganze belgische Exportverkehr gerathen würde, wenn jemals eine größere Konzentration der europäischen Mächte zur See eintreten sollte. Denn in diesem Falle würden gerade die größten, schnellsten, überhaupt leistungsfähigsten Ozean-Dampfer ihrem eigentlichen Verkeuse entfremdet und in den Verband ihrer resp. Kriegsmarinern übernommen werden, Belgiens Handel und Industrie aber, soweit sie auf die Vermittelung der fremden Reedereien zc. angewiesen wären, hätten das Nachsehen.

Wie gesagt, die hier besprochene Forderung ist in Belgien während des letzten Jahrzehnts schon des Ofteren erhoben worden, bis jetzt aber ist sie über das Stadium der theoretischen Erörterung nicht hinausgekommen. Wir glauben auch nicht, daß die Ausführungen des Lieutenant Lecointe zu Gunsten einer belgischen Staatsmarine zur baldigen Lösung des Problems führen werden. Maritime Organisationen lassen sich nicht improvisieren. In der Hauptsache würde auch dann noch der belgische Ueberseeverkehr auf die Vermittelung durch ausländische, in erster Linie der bewährten deutschen Firmen, angewiesen bleiben. Die Ausrüstung der belgischen Südpolarexpedition, die einzeln oder in Gruppen den Zweck verfolgt, eine belgische maritime Interessensphäre in den südlichen Breiten zu schaffen, kommt übrigens dem indirekten Geständnis gleich, daß in den näher gelegenen überseeischen Aktionsgebieten für eine selbstständige belgische Flotte wenig oder gar keine handels- und verkehrspolitische Errungen-schaften mehr zu hoffen sind. Daß gleichwohl die maritime Frage nicht von der Tagesordnung verschwinden will, zeigt, wie sehr man auch in Belgien von der Erkenntnis der Bedeutung einer angemessenen Entwicklung zur See als eine Quelle staatlicher Prosperität durchdrungen ist.

Frankreich.

Paris, 8. Juni. Die Stadt Saint-Quentin feierte am 7. Juni, wie bereits telegraphisch gemeldet, mit großem Pomp die Einweihung des Denkmals ihrer heroischen Vertheidigung gegen die aus Frankreich eindringenden Spanier im Jahre 1557. Der Präsident Faure und die Minister Melne, Hanotaux und General Villot verließen um zwölf Uhr Paris und trafen um zwei Uhr in Saint-Quentin ein. Die Einweihung war auf drei Uhr angesetzt, aber der offizielle Empfang nahm so viel Zeit in Anspruch, daß der Präsident und die Minister erst um halb fünf Uhr die Handbelsbörse verlassen konnten. Sie legten den Weg bis auf den Hauptplatz zu Fuß zurück und waren dabei der Gegenstand beständiger Ovationen. Hanotaux wurde besonders ausgezeichnet, weil er ein Kind des Landes ist und früher das Departement in der Kammer vertrat. Das sehr große Monument des Bildhauers Desmoulin besteht aus zwei Theilen. Die Spitze bildet die allegorische Gruppe zweier Frauenfiguren, von denen die größere Frankreich und die kleinere die sie vertheidigende Stadt Saint-Quentin verkörpert. An der Basis steht eine sehr figurreiche Gruppe die Vertheidiger von 1557 mit dem in der Bartholomäusnacht ermordeten Coligny an der Spitze dar. Das Monument verberstet aber zugleich auch die Vertheidigung von Saint-Quentin im Jahre 1870, und sechs Nebenfiguren tragen die Züge von Bürgern der Stadt, die sich damals auszeichneten. Ein ehemaliger Maire der Stadt, Charles Picart, hatte 100 000 Franken für das Werk gestiftet, das fast zu groß ist für den alterthümlichen Klein-

nen Maß, aber im Uebrigen dem Bildhauer, der sich zum einfachen Minenarbeiter in Angin emporgearbeitet hat, große Ehre macht. Nach der Enthüllung und einer kurzen Ansprache des Maires ergriff der Kriegsminister das Wort, um der Stadt zu verkündigen, daß sie, wie Velfort und Ghatenabum, das Zeichen der Ehrenlegion in ihr Stadtwappen aufnehmen dürfe. Mit außerordentlichem Jubel wurde diese Meldung angenommen. Nach der Jeronime wünschte Präsident Faure das Museum zu besichtigen, wo die schönsten Werke des alten Postkutschen La Tour aufbewahrt werden. Da es jedoch Feiertag war, hatte sich der Hauswärtler entfernt und den Schlüssel mitgenommen. Der Präsident mußte daher mit langer Nase abziehen. Unbegreiflich ist nur, daß die Väter der Stadt den Besuch des Museums nicht zum Voraus in ihr Programm gesetzt hatten. Am Abend fand ein Bankett statt, welches bei einer bekannten Pariser Firma bestellt worden war. Felix Faure hielt einen kurzen Toast auf das Vaterland, worin er an die heroischen Tage von 1557 und 1870 erinnerte und das Wort des aus Saint-Quentin stammenden Historikers Henri Martin zitierte: „Dank der Aufopferung seiner Kinder hat Frankreich niemals die Todesangst durchgemacht, ohne durch neue Siege wieder aufzuleben.“ Unter neuem Jubel begaben sich hierauf Faure und die Minister auf den Bahnhof zurück, wo auch mehrfach „Vive la Russie“ gerufen wurde. Um elf Uhr Abends traf der offizielle Zug wieder in Paris ein.

Italien.

Rom, 9. Juni. Rudini's Erklärungen zu Gunsten der Polizei und gegen das Vorgehen des Richters im Falle des im Gefängnis ermordeten Anarchisten Freggi haben in parlamentarischen Kreisen großen Eindruck gemacht. Die Vinte ist verstimmt. Man erwartet große Kämpfe in der heute beginnenden Diskussion über das Budget des Inneren, die voraussichtlich fünf Tage dauern wird. Zu einer Krise wird es zwar nicht kommen, jedoch dürfte sich die Regierungsmehrheit verringern.

England.

London, 8. Juni. (Voss. Ztg.) Man hat wohl nicht Unrecht, wenn man der Vermählung von Ministerpräsidenten englischer Kolonien in London anlässlich des Regierungsjubiläums eine größere Bedeutung zuschreibt, als bloß die, der greisen Fürstin ihre Uebungen darzubringen und durch ihre Anwesenheit die Anwesenheit sowie die Zusammengehörigkeit der verschiedenen Theile des Weltreichs zu betonen, über das die Königin Viktoria regiert. Daß es sich auch um andere Dinge handelt, hat schon die Einlabungsschrift, die der Kolonialminister Chamberlain seiner Zeit an die verschiedenen Kolonialregierungen erließ, ziemlich deutlich hervorgehoben. Nicht ohne Absicht hat man auch den aus allen Enden der Erde herbeieilenden Staatsmännern in dem Festsaalhaus „Hotel Cecil“ am Dampferstrand unter einem Dach Quartiere angewiesen, so daß zwanglose Zusammenkünfte einer späteren Konferenz unter dem Vorfig Chamberlains vorausgehen können. Die bisher von der Reichsregierung gemachten Versuche, die Bande zwischen dem Mutterlande und den Kolonien enger anzuziehen, sind von nicht sehr großem Erfolge gewesen, hauptsächlich weil die Kolonien eine absehbende Diktation einnahmen, sich auf ihre fiskalische Unabhängigkeit beriefen und in handelspolitischer Hinsicht ihre eigenen Wege gingen. Mit diesem Patriotismus und der Gefühls-politik, in der Lord Rosebery seiner Zeit als Vorsteher der Reichstags zu fügen suchte, ließ sich nichts anrichten. Der Wunsch eines engeren Anschlusses an das Mutterland, das fühlte man in London ganz genau, mußte von den Kolonien ausgehen, die darin ihren Vorthiel erdachten. Die Anzeichen dafür, daß solche Wünsche gelegt werden, haben sich in der letzten Zeit gemehrt. Es ist zum Beispiel im Parlament der Kolonien von einem hervorragenden Abgeordneten die Anregung gemacht worden, daß ein Beitrag zu den Kosten der englischen Kriegsmarine geleistet werden solle. Verschiedene wohl-bekannte Vorkommnisse, die das Eingreifen der Reichsregierung in Südafrika nothwendig machten, mögen an dieser überraschenden Bereitwilligkeit der Politiker am Kap, die Reichslasten mittragen zu helfen, Schuld sein. Welche verfassungsmäßige Gestaltung der engeren Anschluß der Kolonien an das Mutterland nehmen wird, hat Herr Seddon, der Ministerpräsident von Neuseeland, neulich andeutet. Dieser Staatsmann, der an der Spitze einer Kolonie steht, die nicht nur das Frauenstimmrecht, sondern auch eine stark ausgeprägte sozialistische Gesetzgebung besitzt, spricht der Bildung eines Reichsrathes das Wort, in dem die Kolonien vertreten sein sollen und der in allen, die Kolonien und das Reich betreffenden Angelegenheiten mitzureden dürfte. Daß auch handelspolitische Fragen in der bevorstehenden Konferenz in London berührt werden, ist wohl selbstverständlich. Die Anwesenheit des Herrn Laurier, des Ministerpräsidenten von Kanada, wird von der „Times“ aus leicht ersichtlichen Gründen besonders betont. Das Cityblatt macht für diesen Staatsmann Stimmung, weil er, ein französischer Kanadier von Abstammung und ein Katholik an der Spitze einer englischen Kolonie steht, die vor sechzig Jahren sich im Aufstand gegen die Reichsregierung befand und dreißig Jahre später Selbstverwaltung erhielt. Daß Herr Laurier zum Freihandel eingelenkt hat, gereicht ihm und der liberalen Partei Kanadas zur großen Ehre. Fraglich ist jedoch, ob die anderen Kolonien geneigt sind, ihre Zollschränken fallen zu lassen. Auf dieser Grundlage ließe sich eher als auf der Unterstüßung der Kriegsmarine durch Beiträge der Kolonien das einheitliche Reich anbahnen, von dem Herr Chamberlain träumt.

Edinburg, 8. Juni. Die Sitzungen der schottischen Staatskirche (Established Church) waren diesmal lebhafter als gewöhnlich und wurden von dem Publikum mit besonderem Interesse verfolgt. Es handelte sich nämlich um die Ablegung oder Duldung eines von der Mehrheit der Versammlung als Acker verantwortlichen Vortrags. Der Geistliche Robinson aus Kilman an der Ghye veröffentlichte vor zwei Jahren ein Buch unter dem Titel „The Saviour in the newer light“ (Der Heiland in neuem Licht oder neuer Verleuchtung); bei Beschreibung der Wunder, Auferstehung und der Gottheit Christi geriet er mit der herkömmlich orthodoxen Auffassung in Kon-

Deutschland.

Berlin, 10. Juni. Wie verlautet, wird die Frage der Organisation der politischen Polizei im preussischen Abgeordnetenhaus zur Erörterung gelangen. Was die Stellung der national-

